

VAA auf den Punkt



Führungskräfte
Chemie

Sind Zwangsrabatt und Preismoratorium gerechtfertigt? Stand: August 2013

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deshalb basiert der Wohlstand auf einer Wertschöpfung, die durch Patente abgesichert wird. Durch steigende Exporterlöse trägt die pharmazeutische Industrie in erheblichem Maße zum Wohlergehen in Deutschland bei. Die forschende Pharmaindustrie befindet sich jedoch hierzulande in einer schwierigen Situation: Einerseits wird sie als Kostentreiber für das Gesundheitswesen behandelt, andererseits nimmt sie eine enorm wichtige Rolle in der industriellen Gesundheitswirtschaft ein. Daher sind verlässliche, stabile Rahmenbedingungen absolut notwendig, da Umsatzzuwächse nicht mehr durch Inlandsumsatz erlöst, sondern nur noch durch steigende Exporterlöse erreicht werden.

- In Erwartung eines vom Schätzerkreis prognostizierten Finanzierungsdefizits in Höhe von 11 Milliarden Euro für 2011 sah sich die Bundesregierung im August 2010 veranlasst, den Herstellerrabatt auf verschreibungspflichtige, patentgeschützte Arzneimittel von 6 auf 16 Prozent anzuheben sowie die Preise über die gesamte Legislaturperiode einzufrieren. Seitdem hat die Pharmaindustrie mehrere Milliarden Euro an Rabatt gewährt. Gänzlich unberücksichtigt blieben jedoch die Auswirkungen auf Bereiche außerhalb des Gesundheitswesens, denn von den Pharmafirmen nicht zu beeinflussende negative Faktoren haben direkte Konsequenzen auf der Kostenseite, besonders bei Personal, Energie und Investitionen. Der Zwangsrabatt ist dabei ein weiterer Baustein, der zum Arbeitsplatzabbau in der heimischen forschenden Pharmaindustrie geführt hat. Ein weiterer Standortnachteil ist die fehlende Forschungs- und Investitionsförderung. Nachbarländer bieten attraktive Bedingungen für Pharmainvestitionen: Unternehmen folgen den günstigeren Rahmensetzungen.
- Durch die gute Konjunktorentwicklung hat sich das prognostizierte Defizit der GKV und des Gesundheitsfonds entgegen allen Erwartungen zu einem 30-Milliarden-Überschuss gewandelt. Somit stellt sich zwangsläufig die Frage, ob der erhöhte gesetzliche Abschlag auf innovative Arzneimittel und das Preismoratorium für alle Arzneimittel weiterhin gerechtfertigt ist, denn die Krise von 2009 wirkte sich bei Weitem nicht so dramatisch auf die Finanzen der Sozialsysteme aus wie prognostiziert. Insbesondere die Entwicklungen der Beschäftigung sowie der Löhne und Gehälter zeigten sich stabil und führten zu Rekordeinnahmen in den Sozialversicherungen. Es wurden Rücklagen in noch nie dagewesener Höhe aufgebaut.
- Die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die gesamte Gesundheitswirtschaft sind für künftige Entscheidungen zu berücksichtigen. Bisher war nicht bekannt, dass durch jeden Arbeitsplatz in der forschenden Arzneimittelindustrie zwei zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden. Volkswirtschaftlich betrachtet werden aus rund 100.000 Arbeitsplätzen insgesamt etwa 250.000 Arbeitsplätze, die durch staatliche Maßnahmen wie den Zwangsrabatt und das Preismoratorium gefährdet werden. Die ökonomische Grundlage für den erhöhten Herstellerabschlag hat praktisch nicht bestanden und dessen negative Auswirkungen auf die gesamte Gesundheitswirtschaft wurden nicht berücksichtigt.

Unsere Forderungen

- Umgehende Abschaffung des Zwangsrabatts von 16 Prozent
- Strikte Ablehnung der Verlängerung des Preismoratoriums für Hersteller innovativer Medikamente über 2013 hinaus
- Stärkung des Exportgeschäftes, besonders durch den globalen Schutz geistigen Eigentums

Als Berufsverband und -gewerkschaft vertritt der VAA die Interessen von rund 30.000 Führungskräften aller Berufsgruppen in der chemischen Industrie und den angrenzenden Branchen. www.vaa.de